

(Präsident Ulrich Schmidt)

- (A) 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2800

In Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2002 bis 2006

Unterrichtung
durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 13/2801

Und:

- (B) **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit 2003**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2802

erste Lesung - Einbringung und Beratung

Der Ältestenrat hat sich im Zusammenhang mit der Vorverlegung der Plenarsitzung vom 11. September auf den heutigen Tag darauf verständigt, dass - anders als in den Vorjahren - heute sowohl die Einbringung als auch die Beratung des Haushaltsgesetzes und des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2003 erfolgen sollen. Der Einbringung der Haushaltsvorlagen wird sich deshalb, wie in der Tagesordnung ausgedrückt, die Beratung unmittelbar anschließen: zunächst die Beratung des Haushaltsgesetzes 2003 in Verbindung mit der mittelfristigen Finanzplanung und in einem

zweiten Teil die Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2003. (C)

Meine Damen und Herren, das sind meine Anmerkungen zu unserer Tagesordnung. - Ich erteile nunmehr für die Landesregierung Herrn Finanzminister Steinbrück das Wort zur **Einbringung** des Haushaltes. - Bitte schön, Herr Minister.

Peer Steinbrück, Finanzminister: Sehr geehrter Herr Präsident! Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, Sie können mich verstehen.

(Zurufe von der SPD: Schlecht!)

- Können Sie mich jetzt verstehen? - Die Mikrofonanlage hat sich ja kolossal verbessert, Herr Präsident.

(Heiterkeit und Beifall - Zuruf von den GRÜNEN: Ein bisschen mehr üben!)

- Demnächst werde ich mir das Mikrofon bis unter das Kinn fahren. Ich mache zunehmend die Erfahrung, dass Mikrofonanlagen mit Toaströstern eines gemeinsam haben: Sie haben ein hohes Eigenleben und funktionieren nie richtig. (D)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung steht zu ihrer haushaltspolitischen Verantwortung, indem sie konsolidiert und dabei sowohl die soziale Balance wahrt als auch Schwerpunkte setzt. Wir sind nicht bequem, wir weichen nicht aus. Die Pächter populistischer Formeln sitzen auf der anderen Seite. Sie werden daraus aber keine Dividende erzielen.

Wir verfolgen unverändert unsere politischen Absichten und Ziele auch dort, wo definitiv weniger Geld zur Verfügung steht. Für unsere Kernanliegen stellen wir dennoch mehr Geld bereit. Auf die öffentlichen Haushalte und Finanzen wirken viele Faktoren ein, die sich der Beeinflussung durch eine Regierung oder einen Finanzminister, egal, in welchem Land oder auf welcher Ebene er Verantwortung hat, entziehen: Unternehmerische Entscheidungen, Terror und Krieg, Unwetterkatastrophen, Börsenentwicklungen, Banken- und Unternehmenszusammenbrüche in allen Teilen der Welt unterliegen nicht dem Willen der Haushalts- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

(Minister Peer Steinbrück)

(A) (Beifall bei den GRÜNEN)

Aber unsere Politik muss diese Einflüsse bewältigen. Mehr als das: Sie muss ihre Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitswelt der Menschen mindestens erträglicher machen.

Daneben gibt es selbst verantwortete und politisch angestoßene Entwicklungen, die Wirkungen auf die Haushalte und die Finanzen der Bundesrepublik Deutschland haben. Insgesamt wird die Haushaltspolitik des Bundes und aller Länder und Gemeinden maßgeblich von folgenden Faktoren bestimmt:

Erstens den Einnahmerückgängen aus den gewollten und gewünschten Erleichterungen der Steuerreformgesetze, die im laufenden und im nächsten Jahr allein für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen ein Volumen von 6,5 Milliarden € entfalten, bevor sie ab 1. Januar 2004 8,5 Milliarden € betragen werden.

(B) Zweitens der unbefriedigenden und unsicheren Konjunkturlage, die sensibler denn je von weltweiten Entwicklungen und von politischen Ereignissen bestimmt wird.

Drittens der daraus resultierenden Diskrepanz zwischen dem Ausgabeniveau der öffentlichen Haushalte auf der einen Seite und der kalkulierbaren Einnahmebasis auf der anderen Seite, viertens den Stabilitätsauflagen aus dem Maastricht-Vertrag und ihrem Pendant auf nationaler Ebene und fünftens - ungeachtet des Stabilitätspaktes - den zunehmenden Belastungen nicht nur aus der ausgewiesenen Verschuldung der Gebietskörperschaften, sondern, wie wir ehrlicherweise hinzufügen müssen, auch aus der so genannten impliziten Staatsverschuldung.

Sie umfasst die Ansprüche an die Rentenversicherungen und die Ansprüche an die Pensionskassen des öffentlichen Dienstes.

Ferner sollte nicht vergessen werden, dass wir es mit einem aus der deutschen Vereinigung resultierenden andauernden Nettotransfer an die neuen Länder zu tun haben. Er hinterlässt nach wie vor und noch auf absehbare Zeit deutliche Spuren in

den öffentlichen Kassen der alten Länder. Dieser Nettotransfer war übrigens in den letzten 13 Jahren nicht selten höher, als es das Wirtschaftswachstum in den alten Ländern hergab. (C)

Streng genommen stehen wir nach der Flutkatastrophe dieses Sommers vor einem zweiten Aufbau Ost. Dieser Aufbau sollte nicht wieder auf Pump, sondern solide finanziert werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das Land Nordrhein-Westfalen hat von 1995 bis einschließlich 2001 im Rahmen des engeren Finanzausgleiches, im Rahmen des Umsatzsteuer- ausgleiches und für den Fonds Deutsche Einheit insgesamt 29.970 Millionen € an andere Länder dieser Republik abgegeben.

(Zuruf von der SPD: An Bayern!)

Das ist ein Indiz der Stärke und ein Indiz der Solidarität, die wir leisten. Deshalb sind viele Bilder, die die Opposition im politischen Schlagabtausch zu transportieren versucht, schlechte Karikaturen. Ob Sie es hören wollen oder nicht: Die CDU redet das Land schlecht. - Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor ein starkes Land und das wird es auch bleiben. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Damit habe ich im Telegrammstil den Raum beschrieben, in dem wir uns haushaltspolitisch bewegen. Dieser Raum lässt nichts anderes als eine Haushaltskonsolidierung zu. Sie ist kein Selbstzweck, wie Finanzministern gelegentlich an ihrem Gesichtsausdruck abgelesen wird, sondern ergibt sich unabweisbar aus dem Gebot, einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen. Selbst die Addition vieler einzelner Proteste und größerer Demonstrationen gegen Kürzungen können nicht verpflichtender sein als dieses Verfassungsgebot.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Darüber hinaus hält die Landesregierung eine Rückführung der Neuverschuldung trotz widriger Rahmenbedingungen für notwendig, um zwei Ziele zu erreichen. Wir müssen neue Spielräume für eine aktive Politikgestaltung gewinnen, und wir dürfen nicht länger im bisherigen Tempo Lasten auf die Zukunft verschieben und damit Kosten auf unsere Kinder und Enkelkinder abwälzen. Die Zu-

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) kunftsinteressen müssen gegenüber den Gegenwartslobbys gestärkt werden.

Meine Damen und Herren, über die Notwendigkeit einer Konsolidierung und die Rückführung der Neuverschuldung scheint es so lange einen weitgehenden Konsens - auch über die Fraktionsgrenzen dieses Hauses hinweg - zu geben, wie es allgemein und schön unverbindlich zugeht. Konsolidierung wirkt sich aber bei konkreten Ausgabepositionen und Summen aus. Sie ist nicht schmerzlos zu erreichen; sonst wäre sie keine Konsolidierung. Deshalb bin ich auf die Bereitschaft der Opposition, in der ersten Lesung konkret zu werden, sehr gespannt. Sie müsste denselben Mut zur Ungemütlichkeit aufbringen wie die Landesregierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von CDU und FDP, exponieren Sie sich mit konkreten Einsparungsvorschlägen, die erkennbar keinem Politiker Beliebtheitspunkte oder Hymnen einbringen, aber dem politischen Anspruch auf Solidarität und Eindeutigkeit gerecht werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) Wer nicht konsolidiert, meidet politische Verantwortung und taugt nicht zum Regieren, weil er die Zukunft heute verfrühstückt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Rüttgers, Ihr Angebot einer so genannten Sanierungskoalition ist nichts anderes als die Flucht ins Unverbindliche. Es soll staatsmännisch klingen, ist aber nur ein taktischer Winkelzug, um bis zum 22. September 2002 - möglichst auch darüber hinaus - in voller Deckung zu bleiben. Sie schlagen sich populistisch auf jede Seite des Unmuts über Kürzungen und gehen bis hin zu definitiven Falschmeldungen über den Haushaltsentwurf der Landesregierung. Das ist nichts anderes als schlichte Agitation.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Edgar Moron [SPD]: So ist es!)

Herr Rüttgers, Ihr Angebot ist nicht seriös. In meinen Augen ist es auch nicht so gemeint; denn die CDU hat sich zwischen ihren Forderungen sowohl nach Mehrausgaben als auch nach zusätzlichen Einnahmeverzichten über weitere Steuersenkungen und ihrem zweideutigen Verhältnis zur Ver-

- schuldung in heillose Widersprüche verstrickt. (C) Außerdem hat ihre öffentliche Tonlage nicht den Charakter einer Offerte.

Der Finanz- und Haushaltspolitik wird in den fast täglichen Beiträgen aus der Wirtschaft, von wissenschaftlichen Sachverständigen, von den Medien und aus allen Bereichen der Politik nicht weniger als eine Quadratur des Kreises abverlangt. Zum einen soll mehr gespart werden. Zum anderen sollen die Steuersätze noch weiter abgesenkt werden, als es für die Jahre 2004 und 2005 mit den nächsten Stufen der Steuerreform bereits festgelegt ist. Es gibt Vorschläge, ganze Steuerarten abzuschaffen, z. B. die Erbschaftsteuer, die Besteuerung von Kapitalerträgen und die Gewerbesteuer. Gleichzeitig sollen aber die staatlichen und kommunalen Investitionen erhöht werden. Ferner sollen alle derzeitigen öffentlichen Leistungen mindestens ungeschmälert weiter fließen. Teilweise werden sogar Ansprüche nach höheren öffentlichen Konsumausgaben erhoben. - Das funktioniert nicht.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das ist Zauberei!)

- Der erste und wichtigste Beitrag zu einer Haushaltsdebatte ist es deshalb, diese Widersprüche und Unverträglichkeiten offen zu legen und zu einer Grundverständigung darüber zu kommen. (D) Eine solche Grundverständigung wäre viel politischen Schweißes wert. Denn die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft hin zu einer zunehmenden Überalterung wirkt für das Wirtschaftswachstum, die Produktivitätsentwicklung, die öffentlichen Haushalte im Allgemeinen und die sozialen Transfersysteme im Besonderen erhebliche Probleme auf, die wir alle bisher zu wenig antizipieren und im politischen Alltagsgeschäft zu weit verdrängen.

(Beifall von Edith Müller [GRÜNE])

Diese finanzpolitische Quadratur des Kreises funktioniert auch in Wahlkampfzeiten nicht. Wenn Sie einerseits einen Überbietungswettbewerb führen und immer mehr staatliche Leistungen versprechen, andererseits Steuersenkungen in Milliardenhöhe ankündigen, die über einen empirisch nicht belegbaren Selbstfinanzierungsmechanismus mit Zeitverzug - zumindest für die nächsten Jahre bedeutete das höhere öffentliche Defizite - wieder hereinsprudeln sollen, glauben Ihnen das

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) die Wählerinnen und Wähler nicht. Darin sind sie auch klug beraten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich behaupte, dass die Menschen mehrheitlich bereit sind, den Weg der Konsolidierung mitzugehen.

(Edith Müller [GRÜNE]: So ist es!)

Sie sind bereit, Einschnitte und Einschränkungen mitzutragen, wenn dabei die soziale Balance gewahrt bleibt und wenn die Grundelemente der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur nicht gefährdet werden.

Die Einsparungen der Landesregierung im Haushaltsentwurf 2003 stellen diese Grundstrukturen entgegen der Propaganda der CDU, die sich hier auf der linken Überholspur zu bewegen versucht, nicht infrage. Die Einführung von Studiengebühren mit einem Ausnahmekatalog und einer Härteregelung wirft weder die soziale Balance in uns Gesellschaft um noch schmälert sie den Zugang zu unseren Hochschulen.

- (B) Die Politik hat eine Bringschuld. Sie muss erklären, warum wir konsolidieren. Sie muss den Menschen erläutern, dass der Staat nicht mehr alles finanzieren kann, was wünschenswert ist, dass Steuererleichterungen nicht zu einer uferlosen Ausweitung der Staatsverschuldung führen dürfen.

(Beifall von Dr. Bernhard Kasperek [SPD])

Politik muss aber auch Courage zeigen. Sie muss das Gesamtinteresse vor das Einzelinteresse stellen, auch wenn vor dem Landtag Demonstrationen stattfinden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN -
Edith Müller [GRÜNE]: Genau!)

Und sie muss auch Courage zeigen, indem sie bei knapper Kasse von den Empfängern staatlicher Gelder Gegenleistungen erwartet und anmahnt.

Das Konsolidierungsziel für den Haushaltsentwurf 2003 hieß zu Beginn des Aufstellungsprozesses

- 1,4 Milliarden €. Allein 1,3 Milliarden € waren notwendig, um die Verfassungsgrenze einzuhalten. Um weitere 100 Millionen € sollte die Nettokreditaufnahme gegenüber 2002 verringert werden. (C)

Ich kann heute feststellen: Der Abstand zur Verfassungsgrenze im Haushaltsentwurf 2003 beträgt 73 Millionen €. Die Neuverschuldung sinkt gegenüber 2002 wie angepeilt um rund 100 Millionen €. Die 1,4 Milliarden € sind erwirtschaftet worden. Das Ausgabevolumen des Landeshaushaltes sinkt um 0,9 %. Die Landesregierung hat das Konsolidierungsziel 2003 erreicht.

Dass Aufgaben, Ausgaben und staatliche Leistungen auf den Prüfstand gestellt werden, ist seit Jahren Bestandteil unserer Politik. Schon der laufende Haushalt 2002 sinkt um 0,4 %. Für 2003 ist der Konsolidierungsdruck aber gestiegen, weil die Steuereinnahmen 2001 aus mehreren Gründen hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Insbesondere im letzten Quartal 2001 sind die Steuern durch autonome Unternehmensentscheidungen förmlich eingebrochen.

- Zwar gibt es dabei mit zeitlicher Verzögerung eine Teilkompensation - in diesem Fall durch positive Zerlegungseffekte, die in diesem und im nächsten Jahr stattfinden -, letztlich wirken aber Basiseffekte aus 2001 - vor allen Dingen die schwache Konjunktur - über 2002 auch ins Jahr 2003 hinein. (D)

Die Einnahmen 2003 liegen daher um fast 2 Milliarden € unter dem Ansatz der letzten Finanzplanung; eine solche Anpassung müssen übrigens ausnahmslos alle meine Finanzministerkollegen in den Ländern vollziehen.

Eine Rücklage, wie noch in diesem Jahr und auch von anderen Ländern in der Vergangenheit immer wieder eingesetzt, steht 2003 nicht mehr zur Verfügung. Auf der anderen Seite gibt es zwangsläufige Mehrkosten, insbesondere im Personalbereich.

Rund 970 Millionen €, also etwa 70 % der Haushaltsverbesserung, werden auf der Ausgabenseite durch Kürzungen eingespart. Der größte Teil wird bei den Förderprogrammen erwirtschaftet; hier sparen wir 470 Millionen €. Aus diesem Grund

(Minister Peer Steinbrück)

(A) kommt es - zugegeben - zu teilweise schmerzlichen Kürzungen.

Die Fakten weisen allerdings aus: Die unstreitbar notwendigen Kürzungen gefährden nicht die wichtigen Grundstrukturen der einzelnen Politikfelder. Die Aufführung der politischen Schwerpunkte im Haushaltsplan 2003 zeigt, dass solche Befürchtungen und Gerüchte und mehr als das haltlos sind. In vielen Bereichen bleibt die Förderung auf unverändert hohem Niveau und braucht den Vergleich mit anderen Ländern nicht zu scheuen.

In allen Politikfeldern hat die Landesregierung Wert darauf gelegt, die zentralen Aufgaben und leistungsfähigen Strukturen zu sichern und - wo immer möglich - Spielraum auch für neue Entwicklungen zuzulassen. Mit dem Haushaltsplan 2003 ist es gelungen, trotz der schwierigen Haushaltssituation eine stabile Grundlage für die Fortsetzung guter Arbeit in allen Politikfeldern zu schaffen und für einige Schwerpunkte mehr Geld zu mobilisieren.

Aus der Interessenlage der Betroffenen sind Klagen verständlich. Aber wer diesen Klagen entsprechen möchte - auch in den weiteren Haushaltsberatungen -, der wird an anderer Stelle Einschnitte vornehmen und die darüber entstehenden Klagen in Kauf nehmen müssen.

(B)

214 Millionen € werden bei den Personalausgaben eingespart, 287 Millionen € durch allgemeine Sparoperationen quer zu allen Häusern. Durch Einnahmeverbesserungen kommen 430 Millionen € hinzu.

Trotz unserer Schwerpunktsetzungen mit zusätzlichen Haushaltsmitteln, auf die ich zurückkommen werde, sinken die Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr um 0,9 %. Das ist in erster Linie auf die von der Landesregierung beschlossenen Ausgabekürzungen von 970 Millionen € zurückzuführen. Zu dem Rückgang hat allerdings auch die Abrechnung des kommunalen Steuerverbundes aus dem Jahr 2001 im Umfang mit 664 Millionen € beigetragen. Aber auch wenn man die Abrechnungseffekte 2003 und 2002 bereinigt, beträgt der Ausgabenzuwachs 2003 immer noch nur noch knapp 1 %. Damit halten wir die im Finanzplanungsrat in Berlin im März verabredete Ausgabelinie ein.

Mit der Absenkung der Neuverschuldung von 100 Millionen € leistet Nordrhein-Westfalen darüber hinaus seinen Beitrag zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien. Wir erfüllen die Verpflichtungen aus dem nationalen Stabilitätspakt, wie er in derselben Sitzung des Finanzplanungsrates im März dieses Jahres verabredet worden ist. Dieser Abbau der Neuverschuldung ist - zugegeben - moderat. Ein höherer Betrag wäre allerdings unrealistisch. (C)

Nach den unvorhersehbaren Steuerausfällen des Jahres 2001 mussten wir wie alle anderen Länder auch die Einnahmeschätzungen im Planungszeitraum nach unten korrigieren. Auf dieser Grundlage haben wir eine neue Linie definiert, die die Ausgaben mit dem Abbau der Neuverschuldung in der Perspektive der nächsten Jahre in Einklang bringen soll. Wir tun dies in einer realistischen Perspektive und wollen im Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung die Neuverschuldung um jährlich 100 Millionen € absenken. Wenn die Steuern wieder stärker wachsen, kann auch die Neuverschuldung stärker abgesenkt werden.

Die Steuereinnahmen 2003 sind mit rund 37 Milliarden € angesetzt. Das ist ein Zuwachs gegenüber dem Haushaltsansatz 2002 von nur 0,8 %. Wir haben vorsichtig geschätzt, und wir haben Abschläge wegen der Basiseffekte aus 2001 einkalkuliert. Wir gehen wie alle anderen Länder auch von der gesamtstaatlichen Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres aus und übertragen diese auf Nordrhein-Westfalen. Ob sich aus der Steuerschätzung um November dieses Jahres ein Korrekturbedarf ergibt, muss abgewartet werden und gegebenenfalls in einer Ergänzungsvorlage einmünden. Bevor allerdings diese Zahlen nicht vorliegen, machen aufgeregte Turnübungen keinen Sinn. (D)

Die CDU-Fraktion hat übrigens ihre Verfassungsklage gegen den Landeshaushalt 2001 u. a. damit begründet, die Steuereinnahmen seien von mir oder von der Landesregierung zu hoch angesetzt worden. Das behauptete die CDU nach Abschluss des Haushaltsjahres 2001.

Während der Haushaltsberatung war die CDU noch anderer Meinung: Der Steueransatz sei zu niedrig und müsse erhöht werden. Als Beweis - gegebenenfalls auch zur Vorlage bei Gericht - ist die Presseerklärung von Herrn Rüttgers und Herrn Diegel vom 17. Januar 2001 zu nennen. Dort heißt es, dass die Steuerveranschlagung des

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Finanzministers um 180 Millionen DM erhöht werden sollte. Das ist übrigens ein ganz bemerkenswertes Dokument. Es findet sich im Internet bei der CDU zwar nicht wieder, aber Gott sei Dank haben wir es archiviert, sodass ich, wenn ich könnte, das Finanzduo Rüttgers/Diegel gern auch in den Zeugenstand beim Verfassungsgerichtshof in Münster rufen würde.

(Beifall bei der SPD)

Da kann man einmal sehen, Herr Rüttgers, wie schwierig Prognosen sind, insbesondere wenn sie sich auf die Zukunft erstrecken.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Sie reden wohl aus Erfahrung!)

- Ja, gemeinsam mit Ihnen. Deshalb sollte man vorsichtiger sein, nachdem man schon selber solche Erfahrungen gemacht hat.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Sie werden dafür bezahlen müssen!)

- Sie nicht?

- (B) Wenn die Steuereinnahmen wieder stärker wachsen, meine Damen und Herren, müssen zusätzliche Einnahmen vordringlich zum Abbau der Neuverschuldung genutzt werden. Damit dürfen nicht wieder höhere Konsumausgaben finanziert werden.

(Beifall bei der SPD)

Sonst kommen wir nie mehr zu einer Reduzierung der Nettoneuverschuldung auf Null.

Die Investitionsquote bleibt mit 9,3 % etwa auf dem Stand von 2002; da betrug sie 9,4 %.

Der leichte Rückgang um 140 Millionen € hat zunächst externe Gründe. Im Umfang von 50 Millionen € laufen EU-Programme aus. Weitere 25 Millionen € fallen im Zusammenhang mit der Abrechnung des kommunalen Steuerverbundes 2001 weg.

Im Übrigen konnten wir, dies sei zugegeben, auch den Investitionsbereich bei den Einsparungen nicht ausklammern. Eine höhere Investitionsquote wäre nur über eine höhere Neuverschuldung

möglich. Das wäre zwar verfassungsrechtlich zulässig, hätte aber dem Ziel widersprochen, die Neuverschuldung um 100 Millionen € abzubauen. (C)

Trotz sinkender Gesamtausgaben um 0,9 % setzen wir politische Schwerpunkte, vor allem im Bildungsbereich. 2003 werden 1.229 neue Stellen für Lehrer eingerichtet. Außerdem können alle frei werdenden Stellen wieder besetzt werden. Wir führen Englisch in der Grundschule ein und bauen das Betreuungsangebot an Schulen aus. Die Ausgaben im Schulbereich steigen gegenüber 2002 insgesamt um 2,6 %.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Betreuungsangebote im Kinder-, Jugend- und Schulbereich sollen 2003 mit einem Plus von 48,5 Millionen € ausgebaut werden.

Für die Hochschulen einschließlich der Universitätskliniken stehen 2003 Gesamtmittel von 4,4 Milliarden € zur Verfügung. Das sind 125 Millionen mehr als 2002. Ein großer Teil davon entfällt auf Personalausgaben. Der Qualitätspakt mit den Hochschulen bleibt unangetastet.

Für Integrations- und Sprachförderung geben wir rund 30 Millionen € zusätzlich aus. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben auch einen Schwerpunkt bei der inneren Sicherheit gelegt. Die Sicherheitspakete I und II werden auch 2003 fortgeführt. Wir stellen dafür 27 Millionen € zur Verfügung.

Alle EU-Programme werden mit Landesmitteln komplettiert. Damit unterstützen wir die einheitliche Ausrichtung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Strukturförderung, vor allem im Ruhrgebiet.

Für die Arbeitsmarktpolitik stehen im kommenden Jahr insgesamt über 307 Millionen € zur Verfügung. 2002 waren es fast 337 Millionen €. Damit leistet auch dieser Politikbereich einen Konsolidierungsbeitrag.

Gleichzeitig stehen aber in ausreichendem Maße Mittel zur Verfügung, um die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, konsequent zu bekämpfen. Die erfolgreichen Initiativen "Jugend in Arbeit" und "Ausbildungskonsens NRW" wurden so weiterentwickelt, dass sie nun in EU-

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) kofinanzierte Programme überführt werden. Durch diese Neuausrichtung ist in jedem Fall sichergestellt, dass alle Ansätze im zentralen Feld der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unvermindert fortgeführt werden können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Haushalt 2003 spiegelt ein klares Bekenntnis zur sozialen Verantwortung des Landes wider. Ausgewogenes Sparen heißt für uns im Sozialbereich: Wegweisende Projekte wie die Sozialagenturen werden fortgesetzt. Die Strukturen der Einrichtungen und Träger bleibt gesichert. Gespart wird, indem die Summen bei den Einzelprojekten gesenkt werden.

Außerdem setzen wir mit der Anhebung der Mittel für die Stiftung Wohlfahrtspflege auf das Niveau von 2001 in Höhe von 25,6 Millionen € ein deutliches sozialpolitisches Zeichen. Vor allem aber sichern wir die Grundpfeiler der sozialen Infrastruktur. Deshalb erhalten die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege zur Sicherung ihrer Arbeit nach wie vor die so genannten Globaldotationen in Höhe von etwa 16,4 Millionen €.

- (B) Allerdings erwartet das Land, dass sich die Wohlfahrtsverbände noch stärker an der Erfüllung gemeinsamer Anliegen beteiligen und entsprechende Aufgaben für das Land übernehmen.

In der Frauen-, Jugend-, Familien- und Gesundheitspolitik sind die zentralen Aufgaben und Strukturen weiterhin gesichert. Die Förderung bleibt auf hohem, von vielen anderen Ländern nicht erreichtem Niveau. Dies gilt beispielsweise für Krankenhausinvestitionen, Altenpflegeausbildung, Schwangerschaftskonfliktberatung, Verbraucherinsolvenzberatung, Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen und die Regionalstellen "Frau und Beruf".

Trotz der Abnahme des Landeshaushalts um 0,9 % steigen die Zahlungen an die Kommunen im Steuerverbund um 0,8 %. Auch die Schlüsselzuweisungen im Rahmen des Steuerverbundes steigen um 0,8 %. Die Verbundquote bleibt mit 23 % unverändert. An den Befragungen ändert sich nichts. Die Kommunen werden also ohne Einschränkungen an den maßgeblichen Steuereinnahmen des Landes beteiligt. Nach Auffassung der Landesregierung sollte es so bleiben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C)

Dass die Kommunen im Ergebnis 2003 dennoch weniger zur Verfügung haben, hängt mit der Abrechnung des kommunalen Steuerverbundes aus dem Jahr 2001 zusammen. Anders ausgedrückt: Im Jahr 2001 haben die Kommunen vom Land 664 Millionen €, gemessen an der tatsächlichen Steuerentwicklung, zu viel erhalten. Dies ist nach Recht und Gesetz spätestens zwei Jahre später, also spätestens 2003, abzurechnen. Das Land hat den Kommunen bis dahin die Rückzahlung, wenn Sie so wollen, gestundet, ihnen sozusagen einen zinslosen Kredit gewährt. Das Verfahren ist so gesetzlich festgelegt und wird seit Jahren problemlos so praktiziert. Es gibt keinen Grund, von diesem Verfahren abzuweichen. Mehr als das: Es besteht erst recht kein Grund, in Ihrer Propaganda, in der Sie von Ausplünderung und vom Ausbluten der Kommunen sprechen und ähnliche Begriffe gebrauchen, der Landesregierung über diesen Mechanismus eine Art politischer Willkür zu unterstellen. Das können Sie alles als Pirouetten vor der Bundestagswahl abbuchen.

(Beifall bei der SPD)

Die Schulpauschale wird auf dem vorgesehenen Niveau von 460 Millionen € gehalten. Im Haushalt 2003 sind zwar 420 Millionen € angesetzt, aber die Differenz von 40 Millionen € erhalten die Kommunen bereits in diesem Jahr. Das ist Herrn Rüttgers offenbar trotz mehrmaliger Hinweise verborgen geblieben.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Ansatz 2002 beträgt 500 Millionen €, 2003 420 Millionen €, dann geht es mit 460 Millionen € in den kommenden Jahren 2004 und 2005 wie vorgesehen weiter. Die Vorwürfe der Opposition hierzu sind also ebenfalls völlig unbegründet.

Ich will einige Worte zum laufenden Haushalt 2002 sagen. Entgegen manchen Vermutungen haben wir bisher bei den Steuereinnahmen ein leichtes Plus - sogar bei der Körperschaftsteuer. Das unterscheidet uns erfreulich von der Entwicklung in anderen Ländern. Zerlegungseffekte zu unseren Gunsten, also umgekehrt zum Jahr 2001, spielen dabei eine hilfreiche Rolle. Zum Gesamtbild gehört allerdings, dass diese Einnahmen nicht den Sollannahmen entsprechen.

Monatliche Zahlen sind übrigens in diesem Zusammenhang für die Berechnung eines Jah-

(Minister Peer Steinbrück)

(A) resdurchschnitts schlicht nicht mehr brauchbar, weil wir es zum einen mit zunehmend diskontinuierlich fließenden Steuereinnahmen, zum anderen im Jahresverlauf mit zeitlich nicht mehr bestimmbar Zerlegungseffekten und zum Dritten nur noch mit schwer kalkulierbaren Bewegungen im Länderfinanzausgleich zu tun haben. Ob wir am Ende des Jahres über dem im Mai bekannt gegebenen Betrag von 510 Millionen € Steuermindereinnahmen liegen, kann heute niemand vorhersagen, auch Herr Diegel nicht.

Herr Diegel hat übrigens einen erstaunlichen Erkenntnisgewinn vollzogen. Er hat am 30. August im "Kölner Stadt-Anzeiger", glaube ich, bekannt gegeben, dass seine Schätzungen über die Steuermindereinnahmen in diesem Jahr 1 Milliarde € betragen. Dann habe ich ihn gestern - zehn Tage später - in seiner Pressemeldung so verstanden, dass er nun zu dem Ergebnis von 1,9 Milliarden € statt 1 Milliarde € gekommen ist. Das ist also ein Erkenntnisgewinn von 900 Millionen € in zehn Tagen. Donnerwetter!

(Heiterkeit bei der SPD)

(B) Dafür werden keine Belege geliefert. Das alles gehörte übrigens zur Ouvertüre der heutigen haushaltspolitischen Auseinandersetzung und ist auch auf den 22. September zentriert.

Noch einmal: Ich stelle nicht in Abrede - damit ich nicht unernst verstanden werde -, dass die Einnahmenentwicklung unbefriedigend ist. Aber die Fachleute meines Hauses und viele andere auch haben bisher keine Möglichkeiten, auf Punkt und Komma zu bestimmen, wie die Einnahmenentwicklung am Ende dieses Jahres sein wird. In jedem Fall hat und behält die Haushaltssperre ihre volle Berechtigung. Das ist die politische Konsequenz aus diesen Unsicherheiten.

Die Chancen stehen allerdings umgekehrt auch nicht schlecht, wenn man sich von der Einnahmenseite trennt und auf die Ausgabenseite konzentriert, dass dort einschließlich der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich das kompensiert werden könnte, was auf der Einnahmenseite per Saldo unter der Zielmarke bleibt.

An Spekulationen über die Wachstumsentwicklung beteilige ich mich nicht mehr. Das nordrhein-westfälische Finanzministerium wird wie bisher und wie alle anderen Länder die Daten der jeweils aktuellsten Steuerschätzung zugrunde legen. Das

ist ein objektiver Vorgang, zu dem die Fachleute (C) meines Hauses jederzeit Auskunft geben.

Im Zuge der weiteren Beratungen des Haushalts und des Gemeindefinanzierungsgesetzes werden wir Anpassungen vornehmen müssen, um den Beitrag des Landes und seiner Gemeinden aus dem Flutopfersolidaritätsgesetz zu regeln. Der Deutsche Bundestag wird am 12. September entscheiden. Für den 13. September ist eine Sondersitzung des Bundesrates angesetzt. Nordrhein-Westfalen hat bei den Vorbereitungen auf diese Sitzungen eine aktive Rolle übernommen.

Der Fonds für die Flutopfer wird aus den Mehreinnahmen aus der vorgesehenen Verschiebung der zweiten Stufe der Steuerreform um ein Jahr, auf 2004, und der Erhöhung der Körperschaftsteuer von 25 % auf 26,5 % für ein Jahr bedient. Für das Land Nordrhein-Westfalen einschließlich seiner Gemeinden werden die Mehreinnahmen auf rund 771 Millionen € geschätzt. Davon entfallen 581 Millionen € auf den Landeshaushalt und 190 Millionen € auf die Gemeinden. Dieser Betrag wird abgeschöpft und fließt dem Fonds als Sondervermögen des Bundes zu, sodass sich für das Land und seine Gemeinden im Ergebnis keine Auswirkungen ergeben. Es ist ein Nullsummenspiel. Wir werden im weiteren Verfahren die Anpassungen vornehmen und auch sicherstellen, dass die Finanzausgleichseffekte für die kommunale Ebene neutralisiert werden. (D)

Was die Finanzierung der Flutopferentschädigung betrifft, wollen CDU/CSU nicht den realen und soliden Finanzierungsweg der Bundesregierung über die Verschiebung der zweiten Stufe der Steuerreform - Steuererleichterungen - um ein Jahr auf den 1. Januar 2004 beschreiten. Sie wollen, wenn sie denn könnten, einen Teilbetrag des Bundesbankgewinnes von 7,7 Milliarden € verwenden und diesen nicht dem Erblastentilgungsfonds zuführen. Das ist ökonomisch nichts anderes als eine Erhöhung der Verschuldung, also eine Kostenabwälzung auf unsere Kinder.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zusätzlich müssten jährlich 350 bis 400 Millionen €, je nach Zinsannahme, gezahlt werden. Das wären allein in der Laufzeit des Erblastentilgungsfonds zusätzliche Belastungen von 3,5 bis 4 Milliarden €, also eine enorme Last. Durch die Hilfe für die Flutopfer würden also Belastungen von mindestens 3,5 Milliarden €, wenn

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) nicht sogar 4 Milliarden € zusätzlich entstehen, ohne dass davon auch nur ein einziger € für andere Verwendungszwecke, also auch nicht für den Mittelstand, zur Verfügung stünde. Wer ist hier eigentlich Anwalt des Mittelstandes?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

CDU/CSU wiederholen damit exakt den Fehler, den sie schon bei der Finanzierung der deutschen Einheit nach 1990 gemacht haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie ehrlich sind, geben Sie zu, dass wir heute besser dastünden, wenn der Aufbau Ost seinerzeit von Beginn an stärker steuerfinanziert worden wäre und weniger auf Pump.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Heinz Hardt [CDU]: Sie wollten ja noch nicht einmal eine Wiedervereinigung!)

Sie wiederholen den Fehler oder, präziser ausgedrückt, Sie wollen den Fehler wiederholen. So, wie es aussieht, kommen Sie - Gott sei Dank - nicht in die Verlegenheit.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Hinzu kommt - da wird es mit Blick auf aktuelle Einlassungen insbesondere von Herrn Merz, die ich gestern gelesen habe, sehr spannend -, dass die unterlassene Tilgung voll in die Berechnung der Defizitquote nach dem Maastricht-Vertrag eingeht. Das heißt, die 7,7 Milliarden € - das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen - entsprechen etwa 0,4 % des Bruttoinlandsprodukts und verschärfen damit eine Situation, die die CDU/CSU in einer seltenen intellektuellen Spaltung beklagt.

Darin liegt die eigentliche Unlauterkeit von CDU und CSU: Der auf der einen Seite sorgenvollen und mahnenden Kommentierung eines vermeintlich ausstehenden blauen Briefes aus Brüssel, den man als Beleg für die eigene Position vor der Bundestagswahl erwartet, steht auf der anderen Seite die aktive Verlangsamung des Schuldenabbaus plus höheren Zinslasten gegenüber, die mit 0,4 % auf das Defizitkriterium von 3 % durchschlagen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Schizophren ist das!)

(C)

Herr Rüttgers, das Ergebnis ist doch dann kein blauer Brief; vielmehr bekommen Sie einen blauen Koffer hingestellt.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Nimmt man darüber hinaus die von Ihnen beabsichtigten Ausgabesteigerungen an anderer Stelle hinzu, z. B. das versprochene Sofortprogramm der CDU/CSU, auf das ich gern zurückkomme, dann nimmt das Dimensionen an, die mit einer haushaltspolitischen Raison d'être nicht mehr in Übereinstimmung zu bringen sind.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Solche Irrwege und Widersprüche der Union reduzieren auch in Nordrhein-Westfalen ihr kritisches Gewicht gegenüber der Finanzpolitik der Landesregierung eher auf die Superleichtgewichtsklasse. Ihre billigende Inkaufnahme von höheren Schulden wird Sie bei den weiteren Beratungen auch über den Haushaltsentwurf 2003 in diesem Lande begleiten.

(D)

(Zuruf von der FDP: Wo sind denn die Punkte, Herr Kollege?)

Die FDP will den Fonds über Subventionsabbau finanzieren. Weil das zusammen mit einer massiven Steuersenkung, die anschließend Geld vom Himmel regnen lässt, Ihr Zauberwort ist, um viele Fragen zum Haushalt auch in Nordrhein-Westfalen zu beantworten, möchte ich darauf näher eingehen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Der Ton Subventionsabbau klingt nur so lange harmonisch und konsensorientiert, wie nicht hinzugefügt wird, wo, bei wem, wie viel und wann Subventionen abgebaut werden sollen.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Genau das tut die FDP mit Ausnahme der Steinkohlenbeihilfe nicht. Auf der Bundesebene haben sich übrigens an dieser unangenehmen Frage in anderthalb Jahrzehnten die Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff, Bangemann, Möllemann, Haussmann und Rexrodt die Zähne ausgebissen. Offenbar ist diese Materie also in der konkreten politischen Bearbeitung härter, als das bloße Anstimmen des Liedes "Subventionsabbau" nahelegen soll. Im Übrigen betreibt die Landesregierung mit der Einsparung von 470 Millionen € bei Fördertiteln nichts anderes als die Rückführung staatlicher Zuschüsse, also Subventionsabbau. Hören Sie sich das Echo an, z. B. bei der CDU. Wenn jemand im Landtag eine weiter gehende Reduzierung von Zuschüssen fordert, soll er Ross und Reiter, also Titel, Summe und Empfänger benennen und über Demonstrationen gegen Kürzungen nicht deshalb feixen, weil sie sich gegen die Landesregierung richten.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

- (B) Auffallend ist im Übrigen, dass sich die FDP beim Thema Subventionsabbau vornehmlich auf direkte Zuschüsse des Staates bezieht. Selten oder gar nicht hört man etwas von ihr zu den indirekten, also steuerlichen Begünstigungen, z. B. zur Einkommensgrenze bei der Wohneigentumsförderung oder zur Abschreibungskonstruktion für Einkommensteuerzahler, deren Möglichkeit, ihre Bemessungsgrundlage zu gestalten, erkennbar offener ist als bei abhängig Beschäftigten, die über Gehälter von 1.300, 1.500 oder 2.000 € verfügen.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Die FDP muss, um beim Thema Subventionsabbau glaubwürdig zu sein, ihre verteilungspolitische Sichtweise korrigieren.

Von der CDU gibt es keine konkreten Vorschläge zur Konsolidierung oder nur alten Wein in noch älteren Schläuchen. Dagegen gibt es viele Falschmeldungen über den Haushaltsentwurf, eine Reihe beträchtlicher Mehrforderungen ohne Gegenfinanzierungsvorschläge und die üblichen Schauerballaden über ausgeplünderte und bankrotte Landschaften. Die CDU-Strategie ist eine Mischung aus Schonkost nach dem Motto, wir machen uns überall lieb Kind, und Schocktherapie

nach dem Motto, alle müssen sich viel schlechter (C) fühlen, als es ihnen tatsächlich geht. Die Schauerballaden und Verzeichnungen erledigen sich von selbst, weil sie an den wirklichen Verhältnissen zerschellen werden. Auf einige der wiederholten Falschmeldungen will ich aber eingehen.

Herr Rüttgers kalkuliert mindestens das Missverständnis, dass im Landeshaushalt eine, wie er gesagt hat, Milliardensumme für den Metrorapid stehe und ergo - das insinuiert er - andere Positionen darunter zu leiden hätten. Das ist purer Unsinn.

(Heinz Hardt [CDU]: Das ist so!)

Zum Metrorapid findet sich außer 8 Millionen € für die Projektgesellschaft kein einziger Baransatz.

(Erneut Zuruf von Heinz Hardt [CDU])

- Das ist auch Unsinn. Das ist ein reiner Strichansatz zur Durchleitung der Bundesmittel, die wir erwarten. Das, was Sie in Ihrem Gespräch gegenüber dem "Kölner Stadt-Anzeiger" angesprochen haben, ist schlicht und einfach falsch. Das war pure Absicht und von Ihnen so kalkuliert. Im (D) Übrigen erwarte ich von der CDU in Sachen Metrorapid, dass sie endlich das Landesinteresse wahrnimmt und ihr taktisches Verhältnis zu diesem Projekt aufgibt.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Herr Hardt, so, wie Sie jetzt gerade reden, hätte ich Sie auch gern im Rahmen einer Antwort an Herrn Stoiber und seine Einlassungen zum Metrorapid-Projekt in Nordrhein-Westfalen gehört. Haken Sie sich ein bei uns!

(Widerspruch von der CDU)

Mit den so genannten "Prestigeobjekten trotz höherer Schulden" - Zitat von Herrn Rüttgers, gemeint sind Ministeriumsneubauten - soll die Leier gespielt werden, dass sich die Landesregierung selbst architektonisch bedient und andere dafür darben lässt. Das ist auch nicht der erste Versuch. Plumper geht es nicht. Weder beabsichtigt die Landesregierung, im Jahr 2003 gegenüber 2002 höhere Schulden zu machen, noch finden sich im Haushalt Ansätze zum Bau zweier Minis-

(Minister Peer Steinbrück)

(A) terien. Wenn der Bau- und Liegenschaftsbetrieb oder ein anderer Investor ein wirtschaftliches Unterbringungskonzept vorlegt, das über Mietmittel günstiger finanziert werden kann als der heutige Zustand, dann wäre die Landesregierung mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn sie sich nicht betriebswirtschaftlich höchst rational verhielte.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN - Michael Breuer [CDU]: Also doch Neubau! Sehr gut!)

Es gibt keine Streichungen bei der Schulpauschale, wie Herr Rüttgers behauptet.

(Weiterer Zuruf von der CDU)

- Nein. In einem Fall sind wir dabei, die Prüfungen vom BLB abschließen zu lassen. Das Prüfungsergebnis wird Ihnen vorgelegt.

(Michael Breuer [CDU]: Sagen Sie draußen, dass Sie zwei Ministerien neu bauen, Herr Steinbrück?)

(B) - Ich habe damit überhaupt keine Mühe, wenn das betriebswirtschaftlich zu rechtfertigen ist und den Landeshaushalt nicht belastet, Herr Breuer. Das ist der entscheidende Punkt. Sie versuchen den gegenteiligen Eindruck zu erwecken. Sie versuchen so zu tun, als ob wir hier Selbstbedienung betrieben. Das versuchen Sie subkutan zu transportieren; das ist dummes Zeug.

(Zuruf von der FDP)

Es gibt auch keine Streichung bei der Schulpauschale, wie Herr Rüttgers permanent behauptet. Die Mittel für die Integration von ausländischen Kindern werden nicht gekürzt, sondern erhöht. Die Kommunen leiden nicht unter der Landesregierung, sondern sie leiden gemeinsam mit dem Land unter der Konjunktur, weggebrochenen Steuereinnahmen insbesondere im Jahr 2001,

(Widerspruch bei CDU und FDP)

einer Konzentration von Branchen mit schlechten Ergebnissen, der Unstetigkeit der Gewerbesteuer und Konzernumstrukturierungen zur Minderung der Steuerlast, die auf Steuerrechtsänderungen zurückgehen, die Anfang der 90er-Jahre be-

schlossen wurden, als Sie die Bundesregierung (C) stellten.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

- Ja, das ist für Sie sehr unangenehm. Ich rede konkret über das Organschaftsrecht, das Sie 1993/94 über die so genannte Organschaftsbildung bei der Körperschaftsteuer und bei der Gewerbesteuer so gebastelt haben, dass die Konzerne in der Tat heute kaum noch große Gewerbesteuerzahler sind.

(Michael Breuer [CDU]: Sagen Sie draußen, dass Sie zwei Ministerien bauen wollen?)

Das waren nicht die Sozialdemokraten 1998. Es waren auch nicht die Sozialdemokraten, die die Gewerbekapitalsteuer abgeschafft haben. Das waren Sie!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie sind es gewesen, die die Gewerbesteuer zu einer rein konjunkturabhängigen Einnahmequelle (D) gemacht haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir werden dennoch in dieser Debatte von der CDU das Bild vom Ausbluten und Plündern der Kommunen durch Bund und Land und den Vorwurf hören, dass der Finanzminister persönlich für die Insolvenz von Bauunternehmen verantwortlich sei - zu dem Ding hat sich Herr Rüttgers in meinem Wahlkreis verstiegen -, oder die Arie von der Benachteiligung des Mittelstandes durch die Steuerreform.

(Dr. Helmut Linsen [CDU]: Sie investieren nicht mehr!)

Dies alles werden wir zu sehen und zu hören bekommen: alles nicht neu, alles nicht originell, von Fakten ungetrübt, aber als Ersatz für substantielle Alternativen hoch willkommen!

Der einzige konkrete Einsparungsvorschlag, den die CDU gebetsmühlenartig wiederholt, ist ein Personalabbau von 1,5 %.

(Minister Peer Steinbrück)

(A) (Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜ-
NE] - Michael Breuer [CDU]: Sehr
gut!)

- Ihre Kenntnis der Grundrechenarten, Herr Breuer!
Gut, dass ich die nicht habe.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Das sind nämlich pro Jahr 375 Stellen. Wenn man die Bereiche Schule, Hochschule, Polizei, Justiz- und Finanzverwaltung ausklammert, bei denen die CDU meines Erachtens eher mehr Stellen haben will, bedeutet das einen Einsparungsbetrag von 20 Millionen €: Donnerschlag, das ist der Durchbruch!

Wir sparen im Haushalt 2003 über 200 Millionen € bei den Personalausgaben. Das ist das Zehnfache von dem, was bei Ihnen realiter herauskommen würde. Wir bauen den Stellenbestand des Landes im sechsten Jahr in Folge ab. 2003 reduzieren wir den Stellenbestand im fast 1.560 Stellen. Dem stehen zusätzliche Stellen bei den Lehrern von rund 1.230 und im Sicherheitsbereich von 95 gegenüber. Per saldo verringern sich die Stellen um 204.

(B) Seit 1997 haben wir den Stellenbestand im Saldo um über 6.200 Stellen verringert, und zwar bereinigt um Sondereffekte wie z. B. Ausgliederung der medizinischen Einrichtungen, der Landesbetriebe und des Bau- und Liegenschaftsbetriebes: seit sechs Jahren ein durchschnittlicher Stellenabbau von jährlich über 1.000 Stellen. Das ist dreimal so viel wie das, was die CDU hier fordert.

Noch einmal: Die CDU will im Endeffekt 375 Stellen streichen, aber fast 3.500 zusätzliche Einstellungen vornehmen. Statt 6.100 mehr Lehrerstellen wie wir wollen Sie 8.600 mehr Lehrerstellen und zusätzlich 1.000 Polizisten haben. Das sind zusätzliche Kosten von 175 Millionen € überschlägig per annum. Das ist keine Hilfe beim Sparen. Gegenfinanzierung: Fehlanzeige!

Die erste Lesung des Haushaltsentwurfes 2003 zehn Tage vor der Bundestagswahl durchzuführen, mag der falsche Zeitpunkt sein, meine Damen und Herren, um die zentralen Fragen zukünftiger Haushaltspolitik abgewogen und unaufgeregt zu debattieren. Ich rechne damit nicht. Aber benennen möchte ich Ihnen diese zentralen Fragen, zu denen wir vielleicht eines Tages vorstoßen können, schon.

(C) Erstens. Wir müssen die zunehmende Verspannung der öffentlichen Haushalte und auch unseres Landeshaushaltes überwinden. Allein die fünf Ausgabenposten Personal, kommunaler Finanzausgleich, Zinsen, sächliche Verwaltungsausgaben und die Mitfinanzierung der EU-Programme blockieren unseren Landeshaushalts zu 75 %. Von den 48 Milliarden € des Etats können allenfalls 1,5 Milliarden € als disponibel betrachtet werden.

Zweitens. Die Haushaltspolitik muss eine stärkere mittelfristige Ausrichtung und Verbindlichkeit bekommen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜ-
NE])

Mehr denn je kommt es darauf an, längerfristig Weichen zu stellen. Die gravierenden Probleme des Landeshaushaltes - lassen Sie mich nur die Stichworte Zins- und Schuldenentwicklung und Versorgungslasten nennen - bekommen wir nur dann in den Griff, wenn die jährliche Haushaltsaufstellung in festeren Leitplanken einer mittelfristigen Planung erfolgt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D) Drittens. Wir müssen ehrlicher und couragierter im Kassenbuch des Landes über Schwerpunkte und Nachrangigkeiten reden. Über Strukturen zu reden heißt Schwerpunkte zu setzen und Nachrangigkeiten zu definieren. Dabei sind die Schwerpunkte weniger das Problem. Wir alle meiden gern die Festlegung auf Nachrangigkeiten, weil es nicht sehr wählerwirksam ist.

Damit sind wir letztlich in einer Debatte über die Kernaufgaben des Staates. Wesentliche Einsparungen auf der Landes- und auch auf der kommunalen Ebene lassen sich nur durch gezielte Aufgabenkritik erzielen. Dazu gehört nicht nur, den bestehenden Kranz von Aufgabenerfüllungen und Forderungen infrage zu stellen, sondern auch, neue Aufgabenstellungen nicht immer reflexhaft auf die Ebene der staatlichen Zuständigkeit zu ziehen.

Ich wünsche mir - ich werde nach dem 22.09. aktiv darauf hinwirken -, dass in der neuen Legislatur des Bundes eine so genannte Krickenbeck-Liste II verabredet und erarbeitet wird, d. h. der Bestand gesetzlicher Verpflichtungen zu kos-

(Minister Peer Steinbrück)

(A) tenwirksamen Maßnahmen nicht zuletzt auf der Ebene der Länder und Kommunen durchforstet wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das kann dann durchaus in die Förderalismusdebatte einmünden, in der die Beziehungen zwischen Bund und Ländern nicht nur auf der Einnahmenseite, sondern auch auf der Ausgabenseite neu justiert wird.

Zurück in die aktuelle Politik: Ich fand die finanz- und haushaltspolitischen Einlassungen vor allem der Union der jüngsten Wochen und Tage nachhaltig faszinierend und möchte das aus meiner Sicht in fünf Punkten zusammenfassen.

Erstens. Nie genoss die Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung eine höhere Wertschätzung durch die CDU/CSU als in diesen Tagen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(B) Denn aus Ihrer Kritik an einer Verschiebung der zweiten Stufe um ein Jahr als mittelstandsfeindlich und konjunkturschädlich resultiert im Umkehrschluss, dass die Steuerreform sehr wohl Entlastungen für den Mittelstand und positive Wirkungen für die Konjunktur gebracht hat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vom falschen Weg und von der Geringschätzung dieser Effekte sind Sie inzwischen weit entfernt. Ich glaube, man darf Ihnen attestieren, Herr Rüttgers und allen anderen auf Ihrer Seite: Sie haben sich in der Finanzierungsfrage der Flutschädenbeseitigung grandios verheddert.

Zweitens. Es fällt eine erstaunliche Parallelität auf. Da war die spannungsvolle Erwartung, wie ich schon gesagt habe, teilweise die Sehnsucht von CDU/CSU-Vertretern spürbar, nun fange sich der Hans Eichel aber einen blauen Brief ein - wofür es übrigens keinerlei konkrete Hinweise aus Brüssel gibt -, weil er die Staatsdefizitgrenze von 3 % nicht mehr einhalten könne.

In denselben Tagen, in denen diese Mahnungen geäußert wurden, stellen Frau Merkel und Herr Stoiber ein Sofortprogramm von CDU/CSU der Öffentlichkeit vor, das schon im Jahre 2003 zu

Haushaltsmehrbelastungen von sage und schreibe 21 Millionen € führt; Gegenfinanzierung: Fehl-anzeige! (C)

Ihr Sofortprogramm, das Sie Ende August vorgestellt haben, lässt sich minutiös aufrechnen - ich gebe Ihnen gerne meine Anlage dafür -: Es kostet im nächsten Jahr 21 Milliarden €, und Sie bieten keinerlei Gegenfinanzierung. Stellen Sie sich vor, eine sozialdemokratisch geführte Regierung würde einen solchen Vorschlag machen, was da los wäre!

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Stellen Sie sich mal vor, wir hätten eine solche Steuerreform gemacht, was dann los wäre! - Gegenruf von Edith Müller [GRÜNE] - Unruhe - Glocke)

- Die Steuerreform ist gut. Wenn Sie die Steuerreform so schlecht finden, Herr Linssen, können Sie doch gar nichts gegen die Verschiebung der zweiten Stufe haben!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dann spielt es doch keine Rolle. Sie sind in der Logik nicht präzise. In Ihrem Fall tut mir das leid. (D)

(Zurufe von der CDU)

Wie schaffen Sie es, Krokodilstränen über einen blauen Brief zu vergießen, wenn Sie selber gleichzeitig das Staatsdefizit in die Höhe schrauben?

Drittens. "Höhere Zinsen sind das kleinere Übel als höhere Steuern" - so der Kanzlerkandidat Stoiber im Bundestag am 29. August dieses Jahres. Da habe ich mir gesagt: Hört, hört! Das werden Jungwählerinnen und Jungwähler mit Aufmerksamkeit registriert haben.

(Zuruf von der CDU)

Höhere Zinsen sind das kleinere Übel als höhere Steuern! Das heißt also: Eine Verschuldung zu lasten kommender Generationen ist zumutbarer als der Gegenwartsbeitrag einer solidarischen Gesellschaft über den Verzicht auf eine Steuer-senkung für ein Jahr. Das ist die Quintessenz.

(Minister Peer Steinbrück)

(A)

(Beifall bei der SPD)

Versuchen Sie einmal, das weiter auf der Wegstrecke bis zum 22. September zu begründen, nach Möglichkeit schon heute in Ihrer Replik.

(Zurufe von der CDU - Gegenrufe von der SPD)

Viertens. An ein und demselben Tag - ich glaube, Ende August; da muss die Luft sehr lau gewesen sein - konnte man von Herrn Diegel ein Klagelied über Einnahmeausfälle in der Landeskasse von angeblich 1 Milliarde € in diesem Jahr vernehmen - er hat das inzwischen auf 1,9 Milliarden € gesteigert - und von Herrn Stoiber und Frau Merkel das Versprechen entgegennehmen, dass die Steuern schon 2003 und dann in einer großen Reform 2004 weiter gesenkt würden. Wie passt das zusammen? Noch einmal: Ihr Sofortprogramm kostet 21 Milliarden €. In Ihrem Wahlprogramm werden sogar finanzwirksame Forderungen gestellt, die sich auf 76 Milliarden € addieren. Allein das von der CDU, namentlich von Herrn Rüttgers, propagierte Familiengeld schlägt mit einer ansteigenden Belastung von 10 Milliarden DM im Jahre 2004 auf 31 Milliarden € im Jahre 2006 zu Buche.

(B)

Was sagen denn eigentlich die Oberbürgermeister, die Landräte und die Bürgermeister Ihrer Partei zu diesen Luftbuchungen, die Sie da vornehmen, mit den konkreten Auswirkungen auf die Kassen der Kommunen und des Landes?

(Zurufe von der CDU)

Der Vollständigkeit halber will ich hinzufügen, dass auch die FDP-Steuerreform mit einem Dreistufentarif - 15 %, 25 %, 35 % - mit einem Ausfall von ebenfalls 76 Milliarden € verbunden wäre. Und Ihre Vorstellung über einen erhöhten Kinderfreibetrag und Kindergeld müssten Sie in der Größenordnung von 24 Milliarden € gegenfinanzieren. Herr Diegel, da brauchen Sie eine riesige Verstärkeranlage, um dieses Lied anzustimmen. Das ist alles maßlos, meine Damen und Herren, es ist maßlos und disziplinos.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Jammern Sie in dieser Debatte nicht über die labile oder gefährdete Einnahmeseite des Landeshaushalts, jammern Sie nicht über die Lage der Kommunen, solange Sie sich nicht von diesen disziplinosen und verantwortungslosen Luftbu-

chungen mit fatalen Auswirkungen auf alle Kassen der Republik distanzieren! (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Fünftens und letztens: Kurz vor der Bundestagswahl werden selbstredend die Sozialversicherungsbeiträge in die Schlagzeilen gebracht. Herr Seehofer rechnet zum Jahreswechsel mit einer Steigerung um einen Prozentpunkt auf - nach meinem Erinnerungsvermögen - ungefähr 42,3 %. Ich teile seine Einschätzung und die Einschätzung vieler, dass dies negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hätte, weil dann die Bruttoarbeitskosten steigen.

Aber dann muss jemand von der CDU ganz ruhig und nachvollziehbar, von mir aus auch pädagogisch erklären, wie Sie auf die letzte Stufe der Ökosteuer verzichten können mit der Folge, dass die Einnahmen in Höhe von 2,5 Milliarden € nicht mehr zur Senkung der Rentenversicherungsbeiträge zur Verfügung stehen. Oder Sie müssen mir erklären, wie Sie, wenn Sie für die Abschaffung der Ökosteuer insgesamt sind, die damit verbundenen Mindereinnahmen von 16 Milliarden €, die im Augenblick die Rentenversicherungsbeiträge senken, ersetzen wollen, damit der jetzige Rentenversicherungsbeitrag nicht von 19,1 % auf 21,7 % steigt. Herr Arentz, vielleicht übernehmen Sie diese Rolle mir gegenüber. (D)

(Zurufe von der CDU)

Das, meine Damen und Herren, sind fünf finanz- und haushaltspolitische Pirouetten allein aus der Debatte der letzten Wochen, die alle für die Haushalts- und Finanzentwicklung auch unseres Landes relevant sind. Sie machen deutlich, dass das Kompetenzprofil der Oppositionsparteien alles andere als überzeugend ist. Sie haben allen

Anlass, nicht nur mit dem Haushaltsdokument der Landesregierung, sondern vor allen Dingen auch mit Ihren eigenen Ungereimtheiten und Widersprüchen kritisch umzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Der Entwurf 2003 ist ein Konsolidierungshaushalt und doch sozial ausgewogen. Wir konsolidieren mit Augenmaß. Grundstrukturen unserer Fürsorge und Daseinsvorsorge, insbesondere für die schwächeren Gruppen der Gesellschaft werden nicht angetastet. Wir führen die Neuverschuldung

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) in einem vertretbaren Ausmaß zurück und setzen in wichtigen Politikbereichen Schwerpunkte. Ich kenne bisher keine bessere Alternative zum Kurs der Landesregierung.

Wenn es in den parlamentarischen Beratungen gelingen sollte, Spielräume für zusätzliche Akzente zu erschließen, wird dies die Landesregierung konstruktiv begleiten. Die Verfassung setzt allerdings klare Grenzen. Verdeckte Spardosen, Umwege oder Fluchtwege gibt es nicht. Ich bin ziemlich sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger in dieser Verfassungsgrenze nicht nur ein abstraktes Gebot sehen, sondern einen von ihnen für wichtig erachteten Mechanismus, der das staatliche Ausgabeverhalten diszipliniert. Sie wollen, dass sich die öffentlichen Kassen gerade auch in klammen Zeiten denselben Überlegungen und Einschränkungen unterwerfen wie ihre privaten Haushaltskassen auch.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

- (B) Deshalb bin ich überzeugt, dass selbst schmerzhafte Kürzungen mehrheitlich verstanden werden und die Addition betroffener Einzelinteressen nicht automatisch als das Gesamtinteresse des Landes wahrgenommen oder damit gleichgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung kann Ihnen keine sich aufhellenden Haushaltshorizonte versprechen. Wir beteiligen uns nicht an dem Überbietungswettbewerb zusätzlicher Leistungen oder auch zusätzlicher Personalstellen ohne Gegenfinanzierung. Aber wir bieten Ihnen, meine Damen und Herren - und das sage ich den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes -, unsere Gestaltungskraft für die vordringlichen Aufgaben dieses Landes an, unsere Klarheit und Wahrhaftigkeit und unser solides Handwerk unter sehr schwierigen haushaltspolitischen Bedingungen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Finanzminister. - Zur Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2003 erteile ich Herrn Innenminister Dr. Behrens das Wort.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Steinbrück hat eben von den schwierigen Bedingungen gesprochen, unter denen die Haushaltsberatungen auf allen politischen Ebenen in Deutschland und - man kann vermutlich sagen - überall in Europa zurzeit stattfinden. Das wird sich sicher auch nach dem 22.09. nicht ändern. Umso froher bin ich - das will ich am Anfang sagen -, dass es gelungen ist, die Zuweisungen des Landes an die Kommunen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz um 0,8 % auf 7,2 Milliarden € anzuheben, während gleichzeitig der Landeshaushalt um 0,9 % sinkt.

Allerdings - darauf hat soeben Herr Finanzminister noch einmal und habe ich schon seit Monaten immer wieder hingewiesen - verschärft der hohe Abrechnungsbetrag des Steuerverbundes aus dem Jahre 2001 die Finanzsituation der Kommunen in 2003 noch einmal erheblich. Da die Steuereinnahmen des Landes 2001 drastisch geringer als erwartet ausgefallen sind, müssen die Städte und Gemeinden den Rekordbetrag von 664,3 Millionen € bei den allgemeinen Zuweisungen im Jahre 2003 zurückzahlen.

Vor diesem Hintergrund war es umso notwendiger, den Schlüsselzuweisungen und den Investitionspauschalen, also den allgemeinen Zuweisungen im Verwaltungshaushalt, oberste Priorität bei der Fertigstellung des GFG einzuräumen. Um dieses Ziel zu erreichen, mussten zwangsläufig zweckgebundene Zuweisungen verringert werden.

Mit dem vorliegenden Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes wollen wir den Gemeinden und Gemeindeverbänden auch im Jahre 2003 ein verlässlicher Partner sein. Die Kommunen brauchen dringender denn je die Zuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz. Um die veränderte Bedarfs- und Einnahmesituation aller Städte und Gemeinden angemessen zu berücksichtigen, haben wir für das Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 eine Aktualisierung der Grunddaten vorgenommen.

Die bisherige Basis beruhte auf den Ergebnissen der Jahre 1992 bzw. 1993 und wird jetzt mit den Ergebnissen des Jahres 1999 aktualisiert. Damit erfüllen wir auch die Forderung des Verfassungsgerichtshofes Nordrhein-Westfalen, der eine regelmäßige Überprüfung der den Schlüsselzuweisungen zugrunde liegenden Daten verlangt.